Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 62 (1982)
Heft: 9

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

«Gesetze, deren die Bürger fähig sind»

Das Wahljahr 1983 bringt übungsgemäss nur wenige Volksabstimmungen. Die Bundesratsparteien möchten lediglich zwei Termine genutzt wissen: jene vom Februar und Dezember. Auch soll dabei nach ihrem Wunsch nicht allzu schwere politische Kost verabreicht werden. Als «Ausgleich» stehen dann für 1984 16 oder 17 abstimmungsreife Geschäfte an, die aus Rücksicht auf den Bürger wie auf die Parteien als den Hauptträgern der öffentlichen Ausmarchung kaum in so stark geballter Ladung erledigt werden dürften, sondern im Rahmen eines gestreckten Zeitplanes über die Bühne gebracht werden müssen.

Die Massierung der Vorlagen wird ohne Zweifel trotzdem Proteste auslösen. Das Wort von der «Gesetzesinflation» ist ohnehin in aller Munde. Und wenn immer vom Problem der wachsenden Stimmabstinenz die Rede ist, wird mit Nachdruck auf die Überlastung des Bürgers hingewiesen. Gerade der Ausblick auf die Jahre 1983 und 1984 zeigt allerdings, dass die Massierung nicht zuletzt auch das Ergebnis mangelnder Planung sein kann. Zwar lässt sich die mehrstufige Gesetzesmaschinerie nicht leicht steuern. Wenn man aber bedenkt, dass bereits im laufenden Jahr der traditionelle Herbsttermin mangels abstimmungsreifer Vorlagen ungenutzt bleibt, wirkt das «Rekordjahr» 1984 um so grotesker. Regierung und Parlament müssten doch eigentlich zusammen in der Lage sein, ihre Arbeit etwas besser zu programmieren und damit den Abstimmungskalender etwas ausgeglichener zu dotieren.

Doch das sind im Grunde marginale Aspekte des ganzen Problems. Sie fallen zwar psychologisch ins Gewicht; am Kern des Phänomens der Gesetzesflut, der massiven «Reglementierung» unseres wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens, aber vermöchte auch ein besserer Zeitplan nichts zu ändern. Die eigentliche Ursache liegt in der Entwicklung hin zum modernen Dienstleistungsstaat. Jeder Auftrag an das öffentliche Gemeinwesen hat normalerweise nicht nur neue Regelungen auf Gesetzesstufe, sondern vor allem auch Verordnungen und Dienstanweisungen zur Folge, die selbst für einschlägige Spezialisten nicht immer leicht zu überblicken sind. Auf Bundesebene ergibt das eine «Flut» von zwei- bis dreitausend Seiten pro Jahr. Allein im Bereich des Landwirtschaftsgesetzes sind jährlich etwa 80 Erlasse notwendig geworden, weil sie ständig an neue Daten angepasst werden müssen. Die Verordnungen zum Gewässerschutzgesetz füllen gegen 300 Seiten.

Die an sich berechtigte und verständliche Kritik an der «Gesetzesflut» darf darüber hinaus nicht daran vorbeisehen, dass «weniger Reglementiererei» vielfach gleichbedeutend mit

vermehrter bürokratischer Handlungsfreiheit – und damit auch möglicher Willkür – wäre. Ein solcher Sachverhalt liegt zum Beispiel ohne Zweifel beim zürcherischen Bau- und Planungsgesetz im Zusammenhang mit dem Denkmalschutz vor, wo heute Kommissionen mit rein bauhistorisch-ästhetischem oder umweltschützlerischem Gesichtswinkel faktisch abschliessend über unternehmerische Schicksale entscheiden können. Mit anderen Worten: «Weniger» ist auch hier nicht immer zum vorneherein «mehr». Wo der Staat tätig ist, soll klar und mit der nötigen Substanz legiferiert werden.

Die Kernfrage heisst deshalb: Kann die staatliche Tätigkeit als solche gebremst werden? Und hier lautet die Antwort je nach politischem Standort und persönlicher Interessenlage offensichtlich verschieden. «Überflüssig» erscheinen vermutlich zunächst einmal alle Gesetze und Erlasse, von denen «die anderen» profitieren. Immerhin scheint sich das Klima generell etwas gewandelt zu haben: Weite Kreise dürften erkannt haben, dass eine total «verreglementierte» Gesellschaft nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Staatsquote, das heisst des öffentlichen Finanzaufwandes im Verhältnis zur wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, problematisch ist, sondern auch im Hinblick auf die individuelle Bewegungsfreiheit grundsätzlich schwere Bedenken erwecken muss.

Unabhängig vom quantitativen Problem der «Flut» stellt sich im übrigen immer mehr die Frage nach der Transparenz, der Lesbarkeit von Verfassung und Gesetz. Natürlich kann man sich rein rechtstechnisch auf den Standpunkt stellen, dass die Gesetze vor allem für Richter und Anwälte voll verständlich sein sollten. In unserer direkten Demokratie stellt sich das Problem aber doch wohl weniger einfach. Der Bürger wird in die aktive Mitverantwortung für das konkrete Gesetz einbezogen. Darum gilt im Grunde, wenn auch im übertragenen Sinne, nach wie vor die Maxime Solons, des altgriechischen Gesetzgebers, der von sich sagte: «Nicht die schlechthin besten Gesetze habe ich gemacht, aber doch die besten, deren die Bürger fähig sind.» Auf die Gegenwart angewendet kann dies nur bedeuten, dass die Grundzüge der Gesetzestätigkeit für den Stimmbürger prinzipiell einsehbar sein sollten.

Dass es damit nicht zum besten bestellt ist, muss als offenes Geheimnis bezeichnet werden. Das hängt zum Teil mit dem Verfahren zusammen, das sich hierzulande manchmal über mehr als ein Jahrzehnt hinziehen kann. Und je länger es dauert, um so mehr wird das einzelne Vorhaben zu «Spezialistenfutter» auch in den Parlamenten. So werden immer mehr Gesetze verabschiedet, die selbst für den Grossteil der Parlamentarier kaum noch wirklich überschaubar sind. Entsprechend dürftig ist dann auch der Informationsstand des Stimmbürgers, womit der Nährboden für steigende «Verweigerung» an der Urne gegeben ist. Es wäre des Schweisses von Experten, Behörden und Parlamentariern wert, hier vermehrte Anstrengungen zu unternehmen und damit einen Beitrag zum Abbau des heute weitverbreiteten Malaise rund um die «Gesetzesflut» zu leisten.

Richard Reich

Schlachtfeld Libanon

«La mère d'Edde a mal à la tête» war noch auf der Schiefertafel der Schule in Sidon zu lesen, in der der amerikanische Reporter nach dem Bombenangriff an die hundert Leichen sah, mit desinfizierendem weissem Puder bestreut, «als hätte es auf sie geschneit».

Eine durchschnittene Grossstadt wurde im belagerten Teil tagelang von Strom und Wasser abgeschnürt, während Splitter- und – so wird berichtet – auch Phosphorbomben Quartiere verwüsteten. Was tut dieser Krieg – in Israel «Shalom Agalil», «Friede für Galiläa», genannt – den Menschen, den Völkern an?

Ob es gelungen ist, nach der Eroberung von «Fatahland», wo die Libanesen zwölf Jahre palästinensischer Besetzung und oft Willkürherrschaft erdulden mussten, in Beirut der PLO «den Kopf abzuhauen»? Wie es mit der Aufnahme der palästinensischen Kämpfer in arabischen Ländern gehen wird, ist zum Zeitpunkt, an dem diese Chronik geschrieben wird, noch nicht gewiss.

Wird dem von der PLO und von der «arabischen Friedenstruppe» genannten syrischen Armee aufgeteilten Staat, den einst die Franzosen schufen, und der in strikter Ämteraufteilung zwischen den christlichen und muslimischen Konfessionen ohne Erdöl wohlhabend und ohne Einheit tragfähig wurde, nunmehr eine Chance der Selbständigkeit gegeben? Ist Israel – unter Blut und Tränen – ein Befreier, oder ein herrischer Protektor mehr, der den einen – PLO – ablöst und sich mit dem anderen – Syrien – auf stillschweigende Teilung einigt?

Die Geschichte des auf Handel, Banken und Tourismus gestützten Staates Libanon ist seit sieben Jahren von Bürgerkriegen und bewaffneten Einmischungen gekennzeichnet. Die «Schweiz des Nahen Ostens» hatte weder ein Gemeinschaftsbewusstsein noch eine starke Armee. Was geschieht mit einem Kartenhaus, wenn der Sturm bläst?

Manche Krisen seit 1975 waren für die Libanesen blutiger als der israelische Feldzug. Zwanzig Monate Bürgerkrieg haben über 70 000 Tote gekostet. Die Syrer haben, wie zuvor die «arabische Legion» König Husseins, Hunderte von Palästinensern getötet. Hafez Assad hat sich einmal mit Sunniten, einmal mit Christen verbündet. Auch er hat sich nicht gescheut, Beirut zu bombardieren, Palästinenser zu massakrieren.

Die erste, zunächst als einziges Ziel der militärischen Operationen angekündete, Etappe gegen «Fatahland», dessen Hochrüstung mit modernsten schweren Waffen die Truppen der Vereinten Nationen nicht verhinderten und nicht wahrhaben wollten, wurde – obgleich mit namenlosen Schrecken verbunden – in den Demokratien verstanden. Sie wurde auch von vielen Libanesen als das Ende des Albdrucks der langen PLO-Herrschaft begrüsst, die sich durch «Hinrichtungen» – etwa eines Imams, der nicht nach ihrem Geschmack predigte – und viele andere «Übergriffe» ver-

hasst gemacht hat. Die ganze Bevölkerung, deren Willen nie ins Gewicht fiel, zahlte den hohen Preis. Jene Schule von Sidon war von den PLO-Kämpfern wie alle entsprechenden Einrichtungen als Zuflucht und Basis benützt worden.

Wenn man sagt – viele tadeln es –, dass «die Araber» sich mit der PLO in ihrer Bedrängnis nicht solidarisiert haben, so ist das ein «understatement», sagt viel zu wenig. Die PLO hatte versucht, in Jordanien – der einen Hälfte des geteilten Palästina – die Macht zu ergreifen, und wurde von den Beduinen als Feind behandelt. Als die Fatah-Kämpfer, aus Jordanien vertrieben, zu den Palästinensern in Libanon stiessen, trafen sie keinen starken Staat, der sich ihrer erwehren konnte, sondern einen «Nichtstaat», der nur die Fassade der Autorität oder wenigstens der Legitimität wahrte. Ihr Anspruch auf Jordanien war historisch berechtigter als ihre Etablierung einer faktischen Souveränität in Libanon, doch das Kräfteverhältnis bewirkte, dass ihnen diese zweite Zerstörung gelungen ist. Man mag es als tragische Ironie empfinden, dass die PLO, die auszog, Israel zu vernichten – alle arabischen Staaten hatten ihr das Vertretungsmonopol zuerkannt –, stattdessen zwei arabische Staaten in Wirrnisse riss und die Auflösung Libanons bewirkte.

Ihr nicht erreichbares Ziel – Israel als Staat auszulöschen – fand zunächst die stärkste Unterstützung bei Ägypten, auch bei Syrien. Doch Sadat schloss Frieden mit Israel, gewann ohne Blutvergiessen den Sinai zurück – ein Gebiet, das dreimal so ausgedehnt ist wie Israel selber. Gadaffi ermutigte die PLO, bis zum letzten Mann zu kämpfen; er empfahl Arafat den Selbstmord. Nachdem aber Arafat die Ermordung Sadats mit lautem Triumph begrüsst hatte, wird Ägypten, das mit Israel die Beziehungen nicht abbricht, einen Teil der versprengten PLO aufnehmen, und Syrien, das sich erst sträubte, einen anderen Teil – beide unter strenger Kontrolle ihrer politischen, militärischen, terroristischen Unternehmen.

Was kann Israel aus seinem Sieg machen? Von hier aus gesehen könnte der Staat nach der Vernichtung der bewaffneten PLO – die eroberten Waffen sind so kostbar, dass sie einen guten Teil der Kriegskosten decken! – in der «West Bank» der Autonomie substantielleren Inhalt geben und ein politisches Leben der Palästinenser zulassen, dessen Verbot gerade die konspirativste Gruppe begünstigt hatte.

Doch da sind die Vorzeichen ungünstig. Ein Gebiet mit einer Million Arabern und einigen zehntausend Israelis wird jetzt «Judäa und Samaria» genannt. Mit seiner formellen Annexion, der diejenige Ostjerusalems und des Golan voranging, ist zu rechnen. Sollen die arabischen Bewohner dann zu Bürgern Israels werden? Dann sind sie Bürger zweiter Klasse aber potentiell die Mehrheit. Oder zu Ausländern?

Der Zionismus hat einen mächtigen Staat geschaffen. Doch ändert es nichts daran, dass die Diaspora auf jede Dauer die Mehrheit der Juden umfassen wird und dass ihr stärkster Teil – die amerikanischen Juden – vom «zweiten Israel», das in diesem Heft Shlomo Avineri schildert, allmählich Distanz nimmt. Wenn solche Intellektuelle wie der Schriftsteller

Saul Bellow, der Soziologe Daniel Bell, die in keiner Weise ideologisch «links» bestimmt sind, an Begins Politik öffentliche Kritik üben, zeigt das einen Wandel an.

Menachem Begin baut allerdings nicht auf Freunde, auf Verbündete. Er schmäht den deutschen Bundeskanzler. Er nennt die Franzosen «Antisemiten» wegen Attentaten, die andere verüben und gegen die keine Demokratie sich ganz schützen kann. Er hat die amerikanischen Senatoren rüde angefahren. Israel ist nicht sonderlich stark in Diplomatie, nicht einmal in Propaganda. Dass Israel «kein Libanon» werden will und auch kein Südvietnam, das auf amerikanischen Schutz baute und unterging, ist verständlich, ja selbstverständlich. Doch Siegen allein genügt nicht.

Es mag sein, dass Frieden und ein PLO-Staat unvereinbar sind. Wer nicht will, dass die Polen oder gar die Balten den Frieden durch ihre Selbstbestimmung stören, muss wissen, dass Frieden und Genugtuung aller Wünsche nach Souveränität oft unvereinbar sind. Die Kurden wissen es längst. Doch vier Millionen Palästinenser sind aus der Zukunft des Nahen Ostens weder wegzumanipulieren noch wegzudefinieren.

François Bondy
16. 8. 1982

Falls Sie noch nicht Abonnent sind:

MÖCHTEN SIE DABEI SEIN?

Möchten Sie zum Kreis unserer regelmässigen Leser gehören – die Monatshefte jeweils sofort nach Erscheinen ohne Mehrkosten frei Haus zugestellt erhalten, wie die meisten unserer Leser? Es sind Menschen, die aktiv am politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben teilnehmen und deshalb laufend von kompetenter Seite orientiert und dokumentiert sein wollen über die wesentlichen Zeitströmungen.

Unsere Leser sind wählerisch. *Sie fordern ein intellektuelles Niveau; gelegentlich nehmen sie darum auch eine anspruchsvolle Lektüre in Kauf. Genauigkeit, Vollständigkeit und vertiefte Einsichten sind ihnen wichtig.*

Ein Vielfaches von dem, was sie in das Abonnement investieren, erhalten sie im Lauf der Monate in Form von sorgfältigen Analysen, von Wissen und geistiger Anregung zurück; deshalb bleiben sie uns so treu.

SCHWEIZER MONATSHEFTE